

## Wahlanliegen 2025 des Bayerischen Bauernverbands

1. Für die heimische Landwirtschaft ist von großer Bedeutung, wie der Bürokratieabbau angegangen wird, damit es hier zu signifikanten Verbesserungen kommt. Den Landwirten wurden bei den Demonstrationen und Aktionen vor einem Jahr ein Bürokratieabbau als Ausgleich für den Wegfall des Agrardiesels versprochen. Davon ist bisher kaum etwas realisiert worden. Im Gegenteil, es wurden weitere Entwürfe für neue Gesetze und Verordnungen auf Bundesebene erstellt, die einen zusätzlichen Bürokratieaufwand mit sich bringen, vor allem in Form von Dokumentationen. Wie wollen Sie den Bürokratieabbau konkret voranbringen?

### Antwort Stephan Schmidt, Direktkandidat „Die Grünen“ Regensburg:

Die Grünen sind die ersten, die in einem strukturierten Prozess Schritt für Schritt unnötige Bürokratie, die über Jahrzehnte aufgebaut wurde, in der Landwirtschaft abbauen. Wir haben bereits konsequent in Zusammenarbeit mit den Ländern begonnen. Notwendige Standards im Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz werden wir erhalten. Wir wollen zum Beispiel auf Doppelarbeit und starre Datumsvorgaben verzichten sowie Meldungen für statistische Zwecke und komplexe Melde- und Dokumentationspflichten im Bereich Tierhaltung vereinfachen. So haben wir bereits die Frist zur Aufzeichnung von Düngungsmaßnahmen von zwei auf 14 Tage verlängert.

Im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wurden in der Vergangenheit auch sehr gute Erfolge im Bürokratieabbau durch sog. Praxis-Checks erzielt, z.B. im Bereich der Photovoltaik. Solche Praxis-Checks sollten auch in anderen Ministerien durchgeführt werden – auf Bundes- wie auf Landesebene.

### Antwort Dr. Carolin Wagner, Direktkandidatin „SPD“ Regensburg:

Jahrzehntelang haben CDU- und CSU-Minister das Bundeslandwirtschaftsministerium geführt und verantworten somit vollumfänglich die bis dahin aufgebaute Bürokratie. Im Gegensatz dazu hat die Ampel in den vergangenen 3 Jahren das größte Bürokratieentlastungspaket seit Jahrzehnten umgesetzt. Dieser Prozess läuft intensiv weiter und wir werden ihn entsprechend begleiten und fördern. Es gibt noch viele weitere bürokratische Regelungen, so dass der Abbau von Bürokratie auch weiterhin mit Hochdruck betrieben werden muss. Unser Ziel ist eine digitale und bürokratiearme Zukunft der Landwirtschaft. Dazu müssen alle Entscheidungsebenen – EU, Bund und Länder – ihre Regularien regelmäßig auf den Prüfstand stellen. Auf der Webseite des BMEL wird der regelmäßige Fortschritt der Entbürokratisierungsmaßnahmen dokumentiert: <https://www.bmel.de/DE/themen/buerokratieabbau/buerokratieabbau.html>

### Antwort Martina Englhardt-Kopf, Direktkandidatin „CDU/CSU“ Schwandorf:

CDU und CSU möchten bei der Bürokratie ausmisten. Wir planen Berichts- und Dokumentationspflichten abzubauen und möchten uns neuen EU-Pflichten frühzeitig entgegenstellen. Wir setzen stattdessen auf Marktwirtschaft und Vertrauen. Europarechtliche Vorgaben setzen wir national grundsätzlich eins zu eins um und gehen nicht über das vorhergesehene Mindestmaß an Regulierung hinaus. Konkret wollen wir z.B. auf die Stoffstrombilanz im Düngerecht verzichten, ein EU-Bodengesetz dauerhaft abwenden und die EU-Taxonomie auch für die Land- und Forstwirtschaft entschärfen.

2. Die Gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) soll ab 2027 neu ausgerichtet werden. Bisher erhalten die Landwirte Flächenzahlungen, die an die Erfüllung von Auflagen geknüpft sind. Ein Teil dieser Zahlungen, der in den vergangenen Förderperioden immer kleiner wurde, ist einkommenswirksam. Gerade bei kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetrieben tragen diese Zahlungen zu einem nicht unerheblichen Teil zum Einkommen bei. Die Zahlungen wurden vor 20 Jahren in der EU eingeführt, um der heimischen Landwirtschaft, die bewusst und gesellschaftspolitisch gewollt dem Weltmarkt voll und ganz ausgesetzt wurde, einen Teilausgleich zu gewähren. Die Bundesregierung wird zur Weiterentwicklung der GAP auf EU-Ebene ein gewichtiges Wort sprechen und mitentscheiden. Wie stehen Sie dazu? Wie wollen Sie die Existenz der landwirtschaftlichen Familienbetriebe in unserer Region sicherstellen?

**Antwort Stephan Schmidt, Direktkandidat „Die Grünen“ Regensburg:**

Wer in seinem landwirtschaftlichen Betrieb etwas für die Gesamtgesellschaft tut – Stichwort Beitrag zum Klima- und Umweltschutz – soll dafür stärker belohnt werden. Das System „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ sollte deswegen in der nächsten GAP-Förderperiode die flächenbezogene Einkommensgrundstützung ersetzen. Die Förderung sollte gezielt erfolgen und mit anderen Programmen abgestimmt sein.

Mehrjährige Maßnahmen, die zugleich Planungssicherheit und Nachhaltigkeit schaffen, müssen gestärkt werden. Skalierungseffekte sollen ausgeglichen werden. Pauschale, einkommenssichernde Prämien wollen wir weiterhin für Klein- und Subsistenzbetriebe sichern. Sie sind wichtig für die Stabilisierung und Stärkung ländlicher Regionen. Deshalb soll auch die Förderung der ländlichen Räume über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) besser mit den Strukturfonds verzahnt und ausgebaut werden.

Trotz steigender Lebensmittelpreise kommt bei den Landwirt\*innen wenig davon an. Wir wollen, dass die landwirtschaftlichen Betriebe faire, auskömmliche Preise erzielen können. Dafür werden wir sie in der Wertschöpfungskette stärken und verbindliche schriftliche Verträge möglich machen.

Sehr wichtig finde ich auch, dass die Marktbeobachtung im Lebensmittelhandel verbessert werden muss. Das können wir zum Beispiel dadurch erreichen, dass eine Preisbeobachtungsstelle eingerichtet wird, die die Produktionskosten der Landwirt\*innen sowie die Margen innerhalb der Wertschöpfungskette ermittelt. Erzeuger\*innen und ihre Organisationen sollten sich an eine weisungsfreie Ombudsperson wenden können, wenn sie von unfairen Handelspraktiken inkl. unfairen Preise betroffen sind. Wir werden ausloten, wie kartellrechtliche Möglichkeiten genutzt werden können, die Marktmacht in der Wertschöpfungskette zu beschränken.

**Antwort Dr. Carolin Wagner, Direktkandidatin „SPD“ Regensburg:**

Die GAP muss so ausgestaltet werden, dass Landwirtinnen und Landwirte und ihre Familien von ihrer Hände Arbeit gut leben können und dabei für sauberes Wasser, fruchtbare Böden, reine Luft, Artenvielfalt und den Erhalt unserer Kulturlandschaften sorgen. Der mit den Ökoregelungen beschrittene Weg eines Ausgleichs für freiwillig erbrachte Leistungen für Umwelt und Klima muss konsequent im Sinne einer einkommenswirksamen Honorierung ausgebaut und um weitere öffentliche Güter (wie etwa Tierwohl) ergänzt werden, mit dem Ziel einer vollständigen Ablösung der flächengebundenen Direktzahlungen.

Grundvoraussetzung für das Gelingen des Umbaus der GAP bei gleichzeitigem Erhalt und Ausbau einer vielseitigen Agrarstruktur ist die spezielle Förderung von Landwirten in naturräumlich benachteiligten Gebieten oder mit sehr kleinen Betrieben, aber auch von Hof-Nachfolge und Existenzgründung. Ein besonderer Fokus muss zudem auf die Förderung von Junglandwirtinnen und Frauen in der Landwirtschaft gelegt werden.

### **Antwort Martina Englhardt-Kopf, Direktkandidatin „CDU/CSU“ Schwandorf:**

Wir machen uns in Brüssel dafür stark, dass das Agrarbudget gut ausgestattet bleibt für eine zukunftsfähige GAP mit einer starken Einkommenswirksamkeit. Unser Ziel ist zudem, die GAP für die Bäuerinnen und Bauern im Sinne von deutlichem Bürokratieabbau, Transparenz und Effizienz massiv zu vereinfachen und auch wirklich praktikabel auszugestalten. So wollen wir z. B. weg von der sogenannten "Kalender-Landwirtschaft", so dass keine festen Daten für Aussaat, Ernte und Bodenbearbeitung vorgeschrieben werden. Zudem müssen Bagatellgrenzen ausgeweitet werden. Die Ziele von Wettbewerbsfähigkeit, Ernährungssicherheit, des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der ländlichen Entwicklung und Agrarstruktur sind für uns gleich wichtig. Ernährungssicherheit muss für Europa strategische Bedeutung einnehmen. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen zudem wieder deutlich mehr Wertschätzung in der Gesellschaft und in der Politik erfahren, dafür trete ich ganz aktiv ein. Die nachkommenden Generationen im Bereich der Landwirtschaft sind hochqualifiziert. Ich bin fest davon überzeugt, dass unsere heimische Landwirtschaft, egal ob sie im Voll- oder Nebenerwerb betrieben wird, ein großartiges Potential hat, sei es für die Herstellung hochwertiger Lebensmittel, die Landschaftspflege oder auch die Energieversorgung. Es muss also gelingen, wieder für mehr Praxistauglichkeit und eine deutliche Entbürokratisierung in der Landwirtschaft zu sorgen, damit unsere heimischen Betriebe wettbewerbsfähig sind. Daher möchten wir als CDU/CSU die Agrardieselrückvergütung wieder einführen. So haben wir dann gute Grundlagen für unsere heimischen, landwirtschaftlichen Betriebe.

- 3. Der Abschluss des Handelsabkommen Mercosur wird von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt, da ein besserer Zugang zu den südamerikanischen Märkten für Exporte der deutschen Industrie erwartet wird. Im Gegensatz dazu soll für die Mercosur-Staaten der Zugang zum europäischen Markt für landwirtschaftliche Produkte, insbesondere Zucker und Rindfleisch, erleichtert werden. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse werden in Südamerika mit weitaus geringeren Standards und Auflagen als in der EU erzeugt. Ein fairer Wettbewerb ist damit nicht gegeben. Was ist ihr Standpunkt dazu? Sollen die Standards angepasst werden?**

### **Antwort Stephan Schmidt, Direktkandidat „Die Grünen“ Regensburg:**

Importierte landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen zwingend den Anforderungen der EU-Standards entsprechen. Die unerlässliche Prüfung der Einhaltung der EU-Vorgaben kommt der Lebensmittelüberwachung der EU-Mitgliedstaaten zu. Wir haben uns in den Verhandlungen für die Belange der Landwirtschaft eingesetzt. Die EU wird ihren Markt nur eingeschränkt für Agrarprodukte aus den Mercosur-Staaten öffnen. Aber: Für sensible Agrarprodukte wie Rindfleisch, Geflügel und Zucker bleibt der hohe Schutz des EU-Binnenmarktes weitestgehend erhalten. Durch Quoten wird die Einfuhrmenge begrenzt. Entscheidend ist, dass eine vereinbarte bilaterale Schutzklausel vor unerwarteten signifikanten Marktstörungen schützt. Sie ermöglicht die Aussetzung der Präferenzen für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren, mit einer möglichen Verlängerung um weitere zwei Jahre.

Als Grüne haben wir uns in Deutschland und der EU für ein Exportverbot von gesundheits- und umweltschädlichen Pestiziden eingesetzt, die nicht in der EU zugelassen sind. Am 18.9.2024 hat sich das Europarlament, inklusive der Grünen Fraktion, auch für ein Importverbot von Lebensmitteln ausgesprochen, die in Europa nicht zugelassene Pestizide **enthalten**.

### **Antwort Dr. Carolin Wagner, Direktkandidatin „SPD“ Regensburg:**

Die Europäische Union hatte im vorletzten Jahr (2023) einen Exportüberschuss bei Agrarprodukten von 70 Milliarden Euro. Gerade der Export in Länder mit Handelsabkommen ist gewachsen. 2023 hat die EU Agrar- und Lebensmittelprodukte im Wert von 3,2 Milliarden Euro in den Mercosur exportiert. Damit hat sie in diesen Staaten bereits jetzt einen Anteil zwischen 11 und 15 Prozent am Lebensmittelsektor. Das Abkommen enthält substantielle Möglichkeiten, diesen noch auszubauen.

Eine Studie zeigt, dass durch das EU-Mercosur-Abkommen, wie bei vielen anderen EU-Handelsabkommen, mit einem Anstieg der EU-Agrar- und Lebensmittelexporte zu rechnen ist. Auch wenn die Gesamtauswirkungen für den Agrar- und Lebensmittelsektor der EU positiv wären, bedeutet dies aber nicht, dass einige spezifische Sektoren nicht einem verstärkten Wettbewerb ausgesetzt sein könnten. So könnte das Abkommen beispielsweise zu einem Anstieg der Rind- und Geflügelfleischeinfuhren führen. Die EU sieht jedoch immer Maßnahmen zum Schutz derart sensibler Agrarsektoren vor. Der europäische Markt für Produkte wie Rind- und Geflügelfleisch, Zucker und Ethanol wird nicht vollständig geöffnet. Das Abkommen sieht keinen zollfreien Zugang für Rindfleisch aus dem Mercosur vor. Es wird die Einfuhr von 99 000 Tonnen Rindfleisch aus dem Mercosur auf den EU-Markt mit einem Zollsatz von 7,5 Prozent ermöglichen. Das Gesamtvolumen entspricht 1,6 Prozent der gesamten europäischen Rindfleischproduktion und ist weniger als die Hälfte der derzeitigen Einfuhren aus dem Mercosur, die bei 196.000 Tonnen (2023) liegen. Was Geflügel betrifft, so wird die EU die zollfreie Einfuhr einer Quote von 180.000 Tonnen Geflügel gestatten, wobei diese Menge über fünf Jahre schrittweise eingeführt wird. Darüber hinaus stellt die EU eine Milliarde Euro zur Entschädigung von Landwirten im Falle dauerhafter Schäden im Agrarsektor zur Verfügung.

Durch das Abkommen werden außerdem über 350 europäische Herkunftsbezeichnungen geschützt. Darunter sind Holsteiner Katenschinken, Bremer Bier und Nürnberger Lebkuchen. Ähnliche Produkte können in den Mercosur-Ländern fortan nicht mehr unter diesen Namen produziert werden, was ihre Authentizität schützt und eine eigene Preisgestaltung ermöglicht.

Es ist ebenfalls wichtig zu beachten, dass die europäischen Gesundheitsstandards und Anforderungen an Lebensmittelsicherheit durch das Abkommen nicht angetastet werden. Sie gelten ausnahmslos für alle Produkte, die auf dem europäischen Markt angeboten werden. Dies wird durch Kontrollen und Genehmigungsverfahren in den Mercosur-Staaten sichergestellt und in stichprobenartigen Kontrollen in der EU überprüft. Die EU behält sich außerdem das Recht vor, Höchstgrenzen für Rückstände von Pestiziden, Tierarzneimittel oder Verunreinigungen festzulegen.

### **Antwort Martina Englhardt-Kopf, Direktkandidatin „CDU/CSU“ Schwandorf:**

Ich befürworte das Mercosur-Abkommen, aber die Einhaltung fairer Wettbewerbsbedingungen für die Landwirtschaft muss jederzeit eine hohe Priorität haben. Es gab und gibt Regelungen im Bereich der Qualitätsstandards von Importwaren, denn nach Deutschland und auf den gesamten EU-Markt werden ja schon länger unterschiedliche Waren und Lebensmittel aus südamerikanischen Ländern eingeführt. Sollte durch unsere bestehenden Kontrollmechanismen festgestellt werden, dass die vereinbarten Qualitätsstandards der importierten Waren nicht eingehalten werden, dürfen diese Waren nicht auf unseren Markt kommen. Hier setze ich mich dafür ein, dass sowohl die

Qualitätsstandards eingehalten werden, aber auch, dass die Einfuhrkontrollen verlässlich funktionieren.

Das Abkommen vereinfacht Exporte, senkt Zölle und setzt Standards. Mit diesem Abkommen entsteht die größte Freihandelszone der Welt mit einem zusätzlichen Markt von 260 Millionen potenziellen Verbrauchern für europäische Waren. Das Abkommen sieht vor, dass zum Schutz der EU-Landwirtschaft bei bestimmten Agrarprodukten die Märkte nicht vollständig geöffnet werden. Reduzierte Zölle gelten dabei nur für bestimmte Liefermengen. Sensible Agrarbereiche werden dadurch geschützt, dass nur eine limitierte Menge von diesen Produkten zollermäßig in die EU eingeführt werden kann. Mit dem Abkommen können künftig z.B. 99.000 Tonnen Rindfleisch in die EU zu einem Zollsatz von 7,5 Prozent importiert werden. Das entspricht 1,2 Prozent der gesamten EU-Rindfleischproduktion. Bislang werden ca. 200.000 Tonnen Rindfleisch pro Jahr eingeführt. Für das Rindfleisch, das über dieses neue Kontingent hinaus in die EU importiert wird, gelten weiterhin wie bisher auch verschiedene Zollsätze in Höhe von bis zu 74 Prozent. Im Bereich der Milchbranche öffnen die Mercosur-Staaten Europa zollfreie Einfuhrkontingente für 30.000 Tonnen Käse, 10.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Babynahrung aus der EU. Die derzeitigen Zollsätze für Milchprodukte betragen bis zu 28 Prozent. Ich erhoffe mir alles in allem positive Effekte für unsere Landwirtinnen und Landwirte, setze mich jedoch gleichzeitig für eine verlässliche Einhaltung fairer Wettbewerbsbedingungen ein, denn mir liegt unsere heimische Landwirtschaft sehr am Herzen.

- 4. Die Landwirtschaft hat eine Vielzahl von Risiken zu tragen. Wie wollen Sie angesichts des Klimawandels, des nach wie vor hohen Verbrauchs an landwirtschaftlicher Nutzfläche und der weiter angestrebten Extensivierung der Landwirtschaft die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherstellen? Wie wollen Sie die in unserer Region vorhandene Nutztierhaltung in der Fläche erhalten, wenn der Borchert-Plan nicht umgesetzt wird?**

**Antwort Stephan Schmidt, Direktkandidat „Die Grünen“ Regensburg:**

Wir wollen die Nutztierhaltung in Deutschland zukunftsfest machen und an den Anforderungen von Gesellschaft und Nachfrage ausrichten. Dazu werden wir u.a. die Tierhaltungskennzeichnung auf die Außer-Haus-Verpflegung und weitere Tierarten ausweiten, damit die Betriebe am Markt bessere Preise erzielen können. Im Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung haben wir bereits eine Milliarde Euro für die Zukunft der Betriebe bereitgestellt, das muss verstetigt werden. Um den regionalen Absatz zu unterstützen, fördern wir regionale Wertschöpfungsketten. Das Düngegesetz soll fairer werden: Wer Wasser schützt, soll entlastet werden.

Grundsätzlich halte ich es für notwendig, Nutztierhaltung und Lebensmittelversorgung getrennt zu betrachten. Wir müssen uns überlegen, wie wir mit unseren begrenzten Flächen umgehen wollen. Zur Ehrlichkeit gehört dann eben, dass Nutztierhaltung wesentlich flächen- und ressourcenintensiver ist als der Anbau von z.B. Getreide, Obst und Gemüse. Wir wollen hin zu qualitativ hochwertigen, möglichst regional erzeugten Lebensmitteln – inklusive Fleisch! –, gern mit mehr Bio-Anteil. Ein „Regional“-Siegel kann den Verbraucher\*innen die Kaufentscheidung für ihre Heimat erleichtern.

**Antwort Dr. Carolin Wagner, Direktkandidatin „SPD“ Regensburg:**

**Flächenverbrauch:**

Die SPD steht hinter dem Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch in Deutschland bis 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu senken und langfristig bis 2050 einen Netto-Nullverbrauch zu erreichen. Dazu sind Maßnahmen wie die Förderung dichter Bebauung, die



Wiederbelebung innerörtlicher Leerstände und die Nutzung von Brachflächen unabdingbar und werden von uns vorangetrieben.

Wir werden den Verlust landwirtschaftlicher Flächen reduzieren und die Schutzfunktionen des Bodens durch ein wirksames Bodenschutzgesetz verbessern. Wir setzen verstärkt auf die produktionsintegrierte Kompensation. Erforderlich ist ein intelligentes voraus-schauendes Flächenmanagement in Verbindung mit einem Kataster für Ausgleichsflächen und Ausgleichsmaßnahmen. Wir wollen Abriss, Entsiegelung und ökologische Wiederinwertsetzung von bisher versiegelten Flächen als Ausgleichsmaßnahmen marktfähig und „konkurrenzfähig“ machen.

In Hinblick auf die Flächenkonkurrenz durch PV-Anlagen, gehören wertvolle Ackerflächen schon jetzt ganz bewusst nicht zu den förderfähigen Flächenkategorien. Darüber hinaus wird mit Agri-PV ein Anreiz geschaffen, nur bis zu 15 Prozent einer Fläche mit PV zu versehen, um weiterhin die Agrarförderung für die Fläche zu erhalten. Ob Flächen-PV angelegt werden kann, ist am Ende aber auch immer eine kommunale Entscheidung, da hier über Bebauungspläne bzw. Umwidmung von Flächen entschieden wird. Grundsätzlich ist die SPD dafür, in erster Linie bereits versiegelte Flächen für PV zu nutzen.

Wiedervernässungsmaßnahmen sollten stets unter Einbindung aller Betroffenen geschehen und unter Berücksichtigung von validen Daten und wissenschaftlicher Expertise. Denn Moore müssen nicht nur geschützt, sondern auch nachhaltig bewirtschaftet werden. Alternative Nutzungsformen müssen mit der Landwirtschaft und den Bodeneigentümern im Dialog entstehen. Ein wichtiges Beispiel hierfür sind Paludikulturen – die landwirtschaftliche Nutzung von wiedervernässten Mooren. Sie verbinden Klimaschutz mit wirtschaftlicher Nutzung. Wir setzen uns dafür ein, dass Paludikultur als landwirtschaftliche Tätigkeit und die notwendige Technik in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU anerkannt und gefördert wird.

### **Reaktion auf Klimawandel:**

Europaweit haben wir gute klimatische Bedingungen und gute Böden, die eine solide Erzeugung von Lebensmitteln ermöglichen. Die EU-Agrarpolitik sorgt für angegliche Wirtschaftsbedingungen und steuert die landwirtschaftliche Produktion abhängig von den Erfordernissen und Ansprüchen. Dank der EU sind wir als Deutschland nicht allein, sondern wir haben einen Binnenmarkt, der für Ausgleich sorgt. Wir müssen die GAP aber zukünftig verstärkt dafür nutzen, uns auf extremere Wetterbedingungen vorzubereiten.

Auf die klimatischen Veränderungen müssen wir reagieren. Das können unsere Bäuerinnen und Bauern beispielsweise mit Instrumenten zur Risikoreduzierung wie die Art der Bodenbearbeitung, Kulturartenauswahl, chemischer und biologischer Pflanzenschutz, gezielte Sortenwahl, erweiterte Fruchtfolgen und Beregnungsanlagen etc.. Aber auch die Anlage von Agroforstsystemen oder von Agri-PV (partielle PV-Anlagen zur Beschattung/max. 15% des Ackerstrahles) sind wichtige Maßnahmen. Gleiches gilt für die (partielle) Wiedervernässung ehemaliger Moorstandorte bei gleichzeitiger weiterer landwirtschaftlicher Bewirtschaftung (Bsp. Paludikulturen).

Wir haben in Deutschland ca. 11,7 Mio. ha Ackerland. Auf ca. 2,2 Mio. ha werden Energiepflanzen angebaut. Wenn es einen Engpass bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln geben sollte, würden die Flächen für Energiepflanzen dafür genutzt werden können.

### **Wie wollen Sie die in unserer Region vorhandene Nutztierhaltung in der Fläche erhalten, wenn der Borchert-Plan nicht umgesetzt wird?**

Der Borchert-Plan wird bereits durch die Einführung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes (TierHaltKennzG) und die begleitenden Förderprogramme umgesetzt. Die Verabschiedung des TierHaltKennzG war ein wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz und Tierwohl. Wir wollen die Tierhaltungskennzeichnung zügig weiterentwickeln und um die Bereiche Sauen- und Ferkelhaltung, Rinderhaltung (Fleisch und Milch), Geflügelhaltung (Fleisch und Eier), Außer-Haus-Verpflegung (Gastronomie und öffentliche Verpflegung) und verarbeitete Produkte erweitern.

Wir haben bereits erreicht, dass für die zukunftsfeste Weiterentwicklung der Tierhaltung eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt wird – so viel wie von keiner Bundesregierung zuvor.

Mit unserem Bundesprogramm fördern wir in der Schweinehaltung Investitionen in den Stallumbau und erstmalig auch laufende Mehrkosten für mehr Tierwohl. Mit jeder weiteren Tierart, die in das TierHaltKennzG aufgenommen wird, sollen die entsprechenden Förderprogramme ebenfalls für diese Tierarten ausgebaut werden.

Wie von dem Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung (Borchert-Kommission) und der Zukunftskommission Landwirtschaft gefordert, benötigt es über die aktuelle Milliarde hinaus eine langfristige Finanzierung. Ein höheres Tierwohl und Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit für die Betriebe kann der Markt nicht alleine stemmen. Hierzu ist die massive Unterstützung des Staates erforderlich.

Wir wollen die Landwirte auf Basis langfristiger Verträge dabei unterstützen, die Nutztierhaltung in Deutschland tierwohlgerecht umzubauen. Da tierwohlgerechteren Haltungsformen gesamtgesellschaftliche Anliegen sind, sollte auch die Finanzierung gesamtgesellschaftlich getragen werden.

### **Antwort Martina Enghardt-Kopf, Direktkandidatin „CDU/CSU“ Schwandorf:**

Unsere Landwirtinnen und Landwirte gehören zu den Bestausgebildetsten ihrer Zunft. Technologischer Fortschritt, wissenschaftliche Erkenntnisse und der hohe Ausbildungsstandard stimmen mich positiv was den erfolgreichen Fortbestand unserer heimischen Landwirtschaft und ihren wertvollen Beitrag zur Ernährungssicherung angeht. Doch dafür braucht es unbedingt gute politische Rahmenbedingungen, das ist mir bewusst und dafür setze ich mich weiterhin ein. Leider ist es in der vergangenen Wahlperiode, vor meiner Zeit im Deutschen Bundestag, unter der unionsgeführten Bundesregierung nicht mehr gelungen, die wertvollen Erkenntnisse des Borchert-Planes umzusetzen. Es war sehr enttäuschend mitanzuschauen, dass Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir den Borchart-Plan links liegen lies und den mühevoll erarbeiteten Erkenntnissen und Vorschlägen kaum Beachtung schenkte. Dass er der Borchart-Plan in den letzten 3,5 Jahren nicht umgesetzt wurde, lag nicht in der Verantwortung der CDU/CSU. Wir hätten dies sehr begrüßt und haben die Borchart-Umsetzung mehrmals gefordert.

In meinen Augen brauchen wir z.B. weitere Investitionen in innovative Technologien zur Verbesserung von Tierwohl und der Ressourceneffizienz, um die Nutztierhaltung wirtschaftlich sinnvoll aufzustellen und in der Zukunft zu erhalten. Auch im Bereich regionaler Vermarktung und der Weidehaltung sehe ich gute Potentiale, um wirtschaftlich tragfähige Systeme zu fördern. Eine weitere Stellschraube, an der wir unbedingt drehen müssen, ist die Beschleunigung und die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, z.B. bei Stallneu- bzw. umbauten. Unabhängig davon setze ich mich für ein ideologiefreien Umgang mit der Landwirtschaft ein. Ich halte es für vermessen, wenn unsere Landwirtinnen und Landwirte von so manchen Gruppierungen unter Generalverdacht gestellt werden und ihnen ihr überaus wertvoller Beitrag zur klimafreundlichen Flächennutzung, der regionalen Erzeugung von Lebensmitteln bester Qualität und der Pflege unserer hochgeschätzten Kulturlandschaft abgesprochen wird. Immer mehr Hofaufgaben oder das vermehrte Einstellen der Nutztierhaltung führt auch dazu, dass wir mit unserem Konsumverhalten von ausländischen Lebensmittelimporten abhängig werden, anstatt heimisch erzeugte Produkte, wie z.B. eben Fleisch, zu produzieren. Nur weil es in einem anderen Land hergestellt wird, heißt es nicht, dass dort höhere Tierwohlstandards gelten. Die politische und öffentliche Debatte zum Thema Nutztierhaltung muss unbedingt wieder in Richtung Sachpolitik gelenkt werden. Auch für die Pflege von Grünland spielt Nutztierhaltung eine wichtige Rolle und bietet einige Vorteile, z.B. für den Erhalt und den Schutz der Biodiversität. Ein intensiver Dialog zwischen Politik, der Wissenschaft, und der Zivilgesellschaft muss wieder auf Sachebene möglich sein, wie es z.B. bei der Borchert-Kommission der Fall war.